

Regierungsratsbeschluss

vom 1. Juli 2003

Nr. 2003/1269

Vernehmlassung zum Vorentwurf für eine Gesetzesänderung über die Massnahmen zur Behebung von Unterdeckungen in der beruflichen Vorsorge; Schreiben an das Bundesamt für Sozialversicherung

1. Erwägungen

Das Bau- und Justizdepartement, Amt für Justiz, Abteilung Berufliche Vorsorge / Stiftungsaufsicht, unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Bundesamt für Sozialversicherung betreffend Vorentwurf für eine Gesetzesänderung über die Massnahmen zur Behebung von Unterdeckungen in der beruflichen Vorsorge.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartements, Amt für Justiz, Abteilung Berufliche Vorsorge / Stiftungsaufsicht, wird das Schreiben an das Bundesamt für Sozialversicherung betreffend Vorentwurf für eine Gesetzesänderung über die Massnahmen zur Behebung von Unterdeckungen in der beruflichen Vorsorge beraten und beschlossen.



Yolanda Studer

Staatsschreiber – Stellvertreterin

Beilage

Vernehmlassung an das Bundesamt für Sozialversicherung

Verteiler

Bau- und Justizdepartement (2)

Eidg. Parlamentarier (9)

Amt für Justiz

Berufliche Vorsorge / Stiftungsaufsicht (3)